

An die 3. Vollversammlung am 12.11.2024
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Das Grundrecht auf Wohnen in der neuen Salzburger Wohnbauförderung anerkennen

Im Rahmen der von ÖVP und FPÖ geplanten Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes werden neue Vergabekriterien für geförderte Mietwohnungen eingeführt. Die Eckpunkte wurden medial bereits präsentiert, die Verordnung geht in den nächsten Tagen in Begutachtung.

Besonders hervorzuheben ist dabei die geplante Einführung eines verpflichtenden Sprachnachweises für den Zugang zu diesen Wohnungen (Nachweis auf mindestens A2-Niveau). Diese Maßnahme ist nicht nur kritisch zu betrachten, sondern widerspricht auch den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Integration und der Chancengleichheit.

Durch die Einführung eines verpflichtenden Sprachnachweises wird gezielt eine Barriere für Menschen geschaffen, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen oder sich möglicherweise in einem Integrationsprozess befinden. Es ist zu befürchten, dass insbesondere Migrant*innen, ältere Menschen oder Menschen mit Fluchthintergrund benachteiligt werden. Ein Kriterium, das auf der Sprachkompetenz beruht, sollte nicht entscheidend dafür sein, ob jemand Zugang zu leistbarem Wohnraum erhält. Wohnraum sollte als Mittel zur Schaffung stabiler und integrativer Gemeinschaften betrachtet werden, nicht als Instrument der Selektion.

Wohnbauförderungen sollten sich an der sozialen Lage der Bewerber*innen orientieren – Faktoren wie Einkommen, Wohnsituation oder familiäre Belastungen müssen im Vordergrund stehen. Sprachkenntnisse sagen nichts über die Dringlichkeit oder den Bedarf nach gefördertem Wohnraum aus und stehen in keinem Verhältnis zur eigentlichen Zielsetzung einer gerechten Wohnbaupolitik.

Die Wohnbauförderung soll so gestaltet sein, dass sie die soziale Integration unterstützt und allen Menschen – unabhängig von ihrer Sprachkompetenz – den Zugang zu leistbarem Wohnraum ermöglicht.

Die AUGÉ/UG stellt daher den

A N T R A G

Die 3. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg fordert die Salzburger Landesregierung auf,

- **von den geplanten diskriminierenden Vergabekriterien für geförderte Mietwohnungen Abstand zu nehmen.**
- **in der neuen Wohnbauförderung gerechte und inklusive Vergabekriterien zu beschließen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren und keine unnötigen Hürden schaffen.**

Für die AUGÉ/UG

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Klaus-Peter Fritz'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Klaus-Peter Fritz